## S 10 AL 61/00

## Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Freistaat Sachsen

Sozialgericht Sächsisches Landessozialgericht

Sachgebiet Arbeitslosenversicherung

Abteilung 1

Kategorie Beschluss

Bemerkung Rechtskraft Deskriptoren Leitsätze Normenkette -

1. Instanz

Aktenzeichen S 10 AL 61/00 Datum 21.09.2001

2. Instanz

Aktenzeichen L 1 B 109/01 AL-Ko

Datum 12.03.2002

3. Instanz

Datum -

I. Auf die Beschwerde wird der Beschluss des Sozialgerichts Dresden vom 21.09.2001 aufgehoben.

II. Kosten des Beschwerdeverfahrens sind nicht zu erstatten.

Gründe:

١.

Die Beteiligten streiten  $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ber die Entsch $\tilde{A}$ ¤digung des Beschwerdegegners (Bg.) aus Anlass seines pers $\tilde{A}$ ¶nlichen Erscheinens.

Das Sozialgericht Dresden hat im Rechtsstreit <u>S 10 AL 61/00</u>, dem eine Angelegenheit der Arbeitslosenversicherung zu Grunde gelegen hat, mit Beschluss vom 07.05.2001 Termin zur m $\tilde{A}^{1}/_{4}$ ndlichen Verhandlung auf den 08.06.2001 anberaumt und dazu das pers $\tilde{A}$ nliche Erscheinen des zur damaligen Zeit in P  $\hat{a}$  (OT K  $\hat{a}$ ) wohnhaft gewesenen Bg. angeordnet.

Der Bg. hat den Termin wahrgenommen und seine Klage nach ErĶrterung der Sach- und Rechtslage zurļckgenommen. In seinem am 03.08.2001 vorgelegten

Entsch $\tilde{A}$ ¤digungsantrag hat er Auslagen wegen der Teilnahme an der m $\tilde{A}$ ¼ndlichen Verhandlung f $\tilde{A}$ ¼r die Fahrtstrecke Bad S  $\hat{a}$ |-D  $\hat{a}$ |-Bad S  $\hat{a}$ | (insgesamt 940 km) geltend gemacht.

Mit Verfügung vom 08.08.2001 hat die Kostenbeamtin die Entschädigung auf 87,70 DM festgesetzt, dabei die Fahrtstrecke P â∏¦ â∏∏ D â∏¦ zurück (74 km mal 0,40 DM) zugrunde gelegt und diesen Betrag nachfolgend angewiesen. Die Anordnung des persönlichen Erscheinens habe sich nur auf diese Fahrstrecke bezogen.

Auf die Kostenerinnerung hat das Sozialgericht (SG) mit Beschluss vom 21.09.2001 die Entschä¤digung auf 521,10 DM festgesetzt. Der Bg. habe Anspruch auf Auslagenersatz in dieser Hä¶he. Zwar sei es richtig, dass der Bg. seine verä¤nderte Anreise dem Gericht nicht zuvor angezeigt habe. Indessen sei die Anordnung des persä¶nlichen Erscheinens auch unter Berä¼cksichtigung des verä¤nderten Anreiseortes aufrecht zu erhalten gewesen. Die Anordnung sei gem. ŧ 202 Sozialgerichtsgesetz (SGG) i.V.m. ŧ 279 Abs. 2 Satz 1 ZPO erfolgt, "weil sie fä¼r eine einvernehmliche Erledigung des Rechtsstreits in der mä¼ndlichen Verhandlung erforderlich erschien". Gerade dies habe sich durch die Klagerä¼cknahme bestä¤tigt.

Gegen den am 15.10.2001 zugestellten Beschluss richtet sich die am 18.10.2001 von der Staatskasse eingelegte Beschwerde, der das SG nicht abgeholfen hat. Der Beschwerdef $\tilde{A}^{1}$ /4hrer (Bf.) macht geltend, der Bg. habe dem Gericht vorab nicht angezeigt, dass er die Anreise zur m $\tilde{A}^{1}$ /4ndlichen Verhandlung von einem anderen als dem in der Ladung angegebenen Ort antreten werde (Beschwerdeschrift vom 15.10.2001).

Der Beschwerdef $\tilde{A}^{1/4}$ hrer beantragt sinngem $\tilde{A} = \tilde{A} = 1$ ,

den Beschluss des Sozialgerichts Dresden vom 21.09.2001 aufzuheben.

Der Beschwerdegegner beantragt sinngem $\tilde{A} = \tilde{A} = 0$ ,

die Beschwerde zurļckzuweisen.

Der Bg. beruft sich darauf, dass das SG sein pers $\tilde{A}$ ¶nliches Erscheinen angeordnet habe. Ob er von K  $\hat{a}$ | oder von Bad S  $\hat{a}$ | angereist sei, sei doch "deshalb egal". Au $\tilde{A}$ | erdem habe ihn die im Ladungsschreiben enthaltene Androhung eines Bu $\tilde{A}$ | gelds f $\tilde{A}$ ½r den Fall des Fernbleibens "abgeschreckt, so dass ich diesen Brief erst gar nicht weitergelesen habe" (Erwiderung vom 12.12.2001).

II.

Die Beschwerde ist statthaft und zulĤssig. Sie erweist sich auch als begründet. Das SG hat in der angefochtenen Entscheidung vom 21.09.2001 die anzusetzenden Fahrtkosten zu Unrecht bemessen. Zutreffend ist hingegen, worauf auch die Beschwerde mit Recht hinweist, der von Kostenbeamtin ermittelte, dem Bg. unter

dem 08.08.2001 mitgeteilte Ansatz der Fahrtstrecke P  $\hat{a}$  (OT K  $\hat{a}$ )  $\hat{a}$  D  $\hat{a}$  und zur $\hat{A}^{1}$ 4ck.

Der Anspruch des Beteiligten auf Ersatz der Auslagen aus Anlass der Anordnung des persĶnlichen Erscheinens bemisst sich gem. § 191 SGG nach den Vorschriften des Gesetzes Ľber die EntschĤdigung von Zeugen und SachverstĤndigen (ZSEG) in der hier anzuwendenden Fassung des Gesetzes vom 17.12.1997 (BGBl. I S. 3108). Rechtlicher MaÄ□stab für die Beurteilung ist im Ausgangspunkt § 191 SGG i.V.m. § 1 Abs. 1 ZSEG. Der Ersatzanspruch besteht demnach nur, soweit dem Anspruchsberechtigten die Kosten aus Anlass der "Heranziehung" tatsĤchlich entstanden sind. Die Wahl des BefĶrderungsmittels und die Wahl des Reiseweges hat der Beteiligte so zu treffen, dass die zu Lasten der Staatskasse gehenden Aufwendungen geringstmĶglich ausfallen.

Bei der  $\hat{a}_{\alpha}$  hier im  $\hat{A}_{\alpha}$  brigen allein zur Beschwerde gestellten  $\hat{a}_{\alpha}$  Entsch $\hat{A}_{\alpha}$  digung f $\hat{A}_{\alpha}$  Fahrtkosten werden nach  $\hat{A}_{\alpha}$  191 SGG i.V.m.  $\hat{A}_{\alpha}$  9 Abs. 5 ZSEG, wenn der Beteiligte die Reise zum Terminsort von einem anderen als dem in der Ladung bezeichneten Ort antritt und wenn dadurch die entstandenen Kosten h $\hat{A}_{\alpha}$  her sind, "h $\hat{A}_{\alpha}$  chstens die Kosten ersetzt, die f $\hat{A}_{\alpha}$  die Reise von dem in der Ladung bezeichneten  $\hat{a}_{\alpha}$  Ort oder f $\hat{A}_{\alpha}$  die R $\hat{A}_{\alpha}$  ckreise zu dem Ort zu ersetzen w $\hat{A}_{\alpha}$  mehrkosten werden nach billigem Ermessen ersetzt, wenn der (Beteiligte) zu diesen Fahrten durch besondere Umst $\hat{A}_{\alpha}$  nde gen $\hat{A}_{\alpha}$  tigt war".

Gemessen an diesem rechtlichen Ausgangspunkt rechtfertigen die Ausfļhrungen des SG im angefochtenen Beschluss den Ansatz der hĶheren Fahrtkosten ebensowenig wie die Einlassung des Bg.

Das SG geht selbst davon aus, dass der Bg. seine gegenüber der Ladungsanschrift veränderte Anreise dem Gericht nicht vor der mündlichen Verhandlung angezeigt hat. Darauf, dass die Anordnung des persönlichen Erscheinens auch unter Berücksichtigung des veränderten Anreiseortes aufrecht zu erhalten gewesen wäre, kommt es entgegen der Meinung des SG rechtlich nicht an. Der Hinweis auf § 202 SGG i.V.m. § 279 Abs. 2 Satz 1 ZPO trägt ebenso nicht wie der weitere Hinweis auf die â $\square$  hier durch Klagerücknahme und nicht durch gerichtlichen Vergleich erfolgte- Erledigung des Rechtsstreits in der mündlichen Verhandlung. Denn dem steht der genannte klare und unmissverständliche Gesetzeswortlaut des hier einschlägigen § 9 Abs. 5 Satz 1 ZSEG entgegen. Der Bg. hat dem SG nicht angezeigt, dass er den Termin nicht von seinem damaligen, in der Ladung angegebenen Wohnort P â $\square$ { (OT K â $\square$ {), sondern von Bad S â $\square$ { anzutreten beabsichtige. Allein deshalb durfte die Kostenbeamtin ihm nur die Entschädigung unter Zugrundelegung der Fahrtstrecke P â $\square$ { (OT K â $\square$ {)} â $\square$ 1 D â $\square$ 1} und zurýck zu Lasten der Staatskasse zubilligen.

Ein höherer Entschädigungsansatz ist namentlich nicht mit dem Hinweis des SG auf die Klagerücknahme zu rechtfertigen. Dem steht nicht nur der Gesetzeswortlaut entgegen. Ã□berdies wäre, die Ansicht des SG unterstellt, der sorglose, die ihm aus entschädigungsrechtlicher Sicht obliegenden Pflichten nicht beachtende Beteiligte dem gewissenhaften gleichgestellt. Gerade dies liefe der

Zielrichtung des § 9 Abs. 5 ZSEG völlig zuwider.

SchlieÃ□lich verkennt das SG, das auf § 202 SGG i.V.m. § 279 Abs. 2 Satz 1 ZPO (vgl. auch § 106 Abs. 3 Nr. 7 sowie § 111 Abs. 1 SGG) hinweist, dass die richterliche Anordnung des persönlichen Erscheinens eines Beteiligten in entschädigungsrechtlicher Sicht in der Höhe ausschlieÃ□lich die nach dem ZSEG maÃ□geblichen Entschädigungspositionen auslöst.

Die vom Bg. angegebenen Erwägungen rechtfertigen die Annahme "besonderer Umstände" i.S.d. § 9 Abs. 5 Satz 2 ZSEG ersichtlich nicht. Der Bg. trägt vor, ob er zum Termin von K â $\parallel$ ; oder von Bad S â $\parallel$ ; angereist sei, sei "egal". Der Bg. verkennt, dass sich sein Entschädigungsbegehren gegen die Staatskasse richtet und damit letztlich auf Kosten des Steuerzahlers geht. Soweit er ausfýhrt, die im Ladungsschreiben enthaltene Androhung eines BuÃ $\parallel$ gelds für den Fall des Fernbleibens habe ihn "abgeschreckt", so dass er diesen Brief â $\parallel$  $\parallel$  gemeint ist die Ladung â $\parallel$  $\parallel$  erst gar nicht weitergelesen habe, verkennt er, dass die Ladung letztlich auf seine eigene, von ihm selbst veranlasste Klageerhebung zurückgeht. Das â $\parallel$  $\parallel$  vollständige â $\parallel$  $\parallel$  Durchlesen ihm zugehender gerichtlicher Hinweise steht allein in seinem Obligo.

Aus den genannten  $Gr\tilde{A}^{1}/_{4}$ nden war der angefochtene Beschluss des SG aufzuheben und damit die Festsetzung der Kostenbeamtin vom 08.08.2001 wiederherzustellen, deren rechnerisches Vorgehen in der H $\tilde{A}$ ¶he weder in Streit steht noch insoweit Zweifel vorliegen.

Die Entscheidung über die Kosten beruht auf § 16 Abs. 5 Halbsatz 2 ZSEG.

Diese Entscheidung ist endgültig (§ 177 SGG, § 16 Abs. 2 Satz 4 ZSEG).

Erstellt am: 08.09.2003

Zuletzt verändert am: 23.12.2024